Abg. Metz dankte den anderen Fraktionen nochmals für die Vertagung in der vergangenen Sitzung. Nach intensiven Beratungen in der Fraktion sei man zu der im Antrag vom 05.10.2011 vorgeschlagenen Beschlussempfehlung gekommen. Man sei sich mit der CDU Fraktion einig, dass ein Signal zur atomstromfreien Energie gesetzt werden müsse. Entgegen der Formulierungen im Antrag könne eine direkte Entscheidung im Bau- und Vergabeausschuss ohne Beteiligung des Kreisausschusses und des Kreistages in der Angelegenheit getroffen werden.

Abg. Schulz stellte die angestrebte Vorgehensweise hinsichtlich der geforderten Testate in Bezug auf alle Kunden des Energieversorgers in Frage. Er könne sich nicht vorstellen, dass man dem Vertragspartner vorschreiben könne wo er seinen Strom beziehe bzw. wie er seine Kunden beliefe. Er stellte daher klar, dass der Antrag in seiner jetzigen Formulierung noch nicht mitgetragen werden könne. Seines Erachtens sei ein Testat ausreichend, das eine Belieferung der Liegenschaften des Rhein-Sieg-Kreises mit atomstromfreier Energie garantiere.

Im Weiteren wies er darauf hin, dass bei der Berechnung der eingesparten Mittel, die für die energetischen Sanierungsmaßnahmen eingesetzt werden sollen, auch Mehrkosten für atomstromfreie Energie berücksichtigt werden müssen.

Abg. Hildebrandt schloss sich den Ausführungen von Abg. Schulz an. Zudem zweifelte er im Hinblick auf die aktuelle Strommarktlage den Nutzen der angestrebten Maßnahmen an. Der Strommarkt gebe derzeit noch keine Vollversorgung mit Ökostrom her, sodass auch weiterhin in Teilen Atomstrom genutzt werden müsse. Er habe hinsichtlich der Entscheidung für den Einkauf von atomstromfreier Energie noch Beratungsbedarf mit seiner Fraktion. Im Hinblick auf die kurzfristige Vorlage des Antrages bat er um Vertagung des Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung.

Auf die Anmerkungen des Abg. Schulz stellte Abg. Metz klar, dass die Formulierung zur Beschaffung von atomstromfreier Energie bewusst so gewählt worden sei, um auch eine entsprechende Lieferung garantieren zu können. Jeder Stromlieferant habe Quellen aus denen er Strom beziehe und liefere diese an seine Kunden weiter. Die geforderten Daten seien somit vom Energieversorger ohne Probleme lieferbar. Mit der Forderung des Mengennachweises solle sichergestellt werden, dass der Stromlieferant nicht mehr atomstromfreie Energie verkaufe als er produziere/einkaufe.

Hinsichtlich der eingesparten Mittel beim Stromeinkauf sei ihm durchaus klar, dass auch gegebenenfalls Mehrkosten für die atomstromfreie Lieferung entstünden, weshalb auch die Formulierung „Schätzung zurzeit ca. 100.000 €“ bewusst so gewählt worden sei.

Zur Kurzfristigkeit des Antrages erörterte Abg. Metz, dass der Antrag den Fraktionsbüros sowie dem Kreistagsbüro am 05.10.2011 zugegangen sei. Weshalb der Antrag erst kurz vor Sitzungsbeginn zugestellt worden sei, entziehe sich seiner Kenntnis.

Er könne den Beratungsbedarf nachvollziehen, jedoch sei seines Erachtens eine Entscheidung aufgrund der zeitlichen Vorgaben im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens erforderlich. Er bot eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung in der Angelegenheit an.

Abg. Weißenfels bat eindringlich im Sinne der Sache heute eine Entscheidung zu treffen. Er verwies auf die in der Vergangenheit ausführlich geführten Diskussionen und stellte klar, dass es Zeit sei, ein Zeichen zu setzen. Die Verwaltung müsse in ihrer Vorbildfunktion Stellung beziehen, und dies erfolge mit der positiven Entscheidung einen solchen Antrages.

Abg. Schulz stellte klar, es sei bisher üblich gewesen, einem Vertagungsantrag zu zustimmen. Der Antrag sei mit Eingangsstempel vom heutigen Tage vorgelegt worden, und es gäbe noch erheblichen Klärungsbedarf, sodass er den Antrag der FDP, den TOP zu vertagen, unterstütze.

SkB Endler verwies auf den auf Bundesebene getroffenen Energiekonsens, der auch weiterhin Atomstrom beinhalte. Er bat zum Hintergrund des Antrages nochmals um Erläuterung, welche Konsequenzen der Antrag mit sich bringe und was sich hierdurch verändern werde.

Abg. Nöthen stimmte den Ausführungen seiner Vorredner zu. Auch er sehe sich nicht in der Lage ohne weiteres Hintergrundwissen dem Antrag zuzustimmen.

Abg. Metz führte aus, unabhängig von der Tatsache, dass der Antrag am 05.10.2011 in den Geschäftsgang gegeben wurde, gehe er davon aus, dass im Rahmen der Vorberatungen ausreichend Zeit gewesen sein dürfte, um über den Antrag zu beraten. Er bat nochmals darum in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen.

Abg. Bähr-Losse äußerte ihren Unmut über die hier praktizierte Vorgehensweise zum Antrag vom 05.10.2011. Sie stellte klar, dass grundsätzlich Einigkeit bestünde atomstromfreie Energie einzukaufen, allerdings bestehe weiterer Beratungsbedarf im Zusammenhang mit dem Antrag.

Die Nachfrage des Abg. Weißenfels und Abg. Metz hinsichtlich der Zeitschiene für die Stromausschreibung beantwortete Ltd. KVD Ganseuer dahingehend, dass er bei Vertagung des Tagesordnungspunktes keine Garantie für eine fristgerechte Ausschreibung übernehmen könne. Allerdings könne er diese auch nicht mit Sicherheit ausschließen. Er hinterfragte, ob eine kurze Beratungspause fraktionsintern gegebenenfalls Abhilfe schaffen könne und merkte an, dass es parlamentarischer Brauch sei, einem Vertagungsantrag zuzustimmen, soweit eine Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Landrat lässt derzeit prüfen, ob und in wieweit eine alternative Ausschreibung (atomstromfrei/Normalstrom) möglich ist.

Ltd. KVD Ganseuer beantwortete die Frage des Abg. Dieckmann dahingehend, dass aufgrund des bestehenden Doppelhaushaltes eine Ausweisung des Differenzbetrages zum Einsatz für energetische Projekte in 2012 nicht möglich sei. Er würde aus dem Budget der Abteilung Gebäudewirtschaft zur Verfügung gestellt. Ab dem Haushaltsjahr 2013 würde der Betrag entsprechend im Haushalt abgebildet.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden bekräftigte Abg. Hildebrandt nochmals den Antrag auf Vertagung.

Die Verwaltung sicherte zu, die Rahmenbedingungen für die Ausschreibung von Ökostrom kontinuierlich zu beobachten. Sollte zukünftig das Ausschreibungsverfahren für Ökostrom durch bspw. eine Einführung von standardisierten Verfahren erleichtert bzw. vereinfacht werden, wird der Ausschuss hiervon unterrichtet.